

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.04.2015, S. 4

Gipfel der Bedürftigkeit

Wie Nordrhein-Westfalen Kommunen hilft, Flüchtlingen zu helfen / Von Reiner Burger

DÜSSELDORF, 15. April. Es waren dramatische Ereignisse, welche die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) im Herbst dazu bewegen haben, einen Flüchtlingsgipfel einzuberufen. Im Oktober war es in mehreren Asylbewerberheimen des Landes zu Misshandlungen von Flüchtlingen durch Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes gekommen. Danach entspann sich eine breite öffentliche Debatte über die Bedingungen, unter denen Flüchtlinge untergebracht sind, und über die Belastungen der Kommunen durch die stetig wachsende Zahl von Asylbewerbern. Die Ministerpräsidentin, deren rot-grüne Regierung durch den Fall stark unter Druck geraten war, äußerte, es gelte die Perspektive zu verändern. „Wir wollen aus dem Blickwinkel der Flüchtlinge die Situation ansehen.“ Und Innenminister Ralf Jäger (SPD) versprach sogar einen „Paradigmenwechsel“. Als besonderer Ausweis dafür galt eben auch der Flüchtlingsgipfel mit 40 Fachleuten von Wohlfahrtsorganisationen, Kommunen, Kirchen und Politik Ende Oktober in Essen. Die Ministerpräsidentin kündigte damals ein umfangreiches Maßnahmenpaket an: 40 Millionen Euro zusätzlich für die Kommunen zur Unterbringung der Flüchtlinge, ein dezentrales Beschwerdemanagement, Bildungsförderung und manches mehr.

Am Mittwoch lud die Ministerpräsidentin die Fachleute abermals ein. Zwar stand der zweite Gipfel in der Düsseldorfer Staatskanzlei nicht unter gar so dramati-

schen Zeichen wie der erste. Doch bleibt die angemessene und menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge schon wegen der weiter steigenden Asylbewerberzahlen eine große Herausforderung. Allein in den ersten drei Monaten des Jahres hat Nordrhein-Westfalen 22 000 Asylbewerber aufgenommen. Im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum bedeutet das eine Steigerung um 172 Prozent. Nach aktuellen Schätzungen werden 2015 rund 60 000 Personen im bevölkerungsreichsten Bundesland Asyl beantragen.

So überraschend konkret die Zusagen der Ministerpräsidentin nach dem ersten Gipfel im Oktober waren, so überraschend unkonkret blieb Kraft nach dem zweiten am Mittwoch. Sie referierte, was aus ihrer Sicht seit Herbst erreicht wurde. Sowohl qualitativ als auch quantitativ sei viel geschehen. Nun sieht Kraft vor allem den Bund in der Pflicht für „zusätzliches strukturelles finanzielles Engagement“.

Die Opposition, die auch am zweiten Gipfelgespräch teilnahm, sah freilich auch das Land weiter in der Pflicht. „Das Ergebnis des Gipfels fällt äußerst ernüchternd aus“, kritisierte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU André Kuper. „Eigene Impulse: Fehlanzeige.“ Die CDU hatte schon vor dem Treffen 15 000 Regel- und 2500 Notfallplätze für Flüchtlinge gefordert. Auch der nordrhein-westfälische Städtetag kritisierte die von der Regierung angestrebten 10 000 Plätze als nicht ausreichend. Wie der Bund bleibe auch das Land in der Pflicht, sagte der Hauptgeschäftsführer des Städtetags, Ste-

phan Articus. „Solche Zusagen hat es jedoch heute leider nicht gegeben.“

Die Kommunen beklagen sich zudem über die Praxis des Landes, die Flüchtlinge nach durchschnittlich nur 14 Tagen an die Heime der Städte und Gemeinden weiterzureichen. Auch für die 36 000 geduldeten Flüchtlinge, die beispielsweise aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden, sollte nach Ansicht der Kommunen das Land die Kosten übernehmen. Und erst vor wenigen Tagen forderten 15 Oberbürgermeister aus dem Ruhrgebiet die Ministerpräsidentin in einem Brief auf, für die zügigere Abschiebung jener Flüchtlinge Sorge zu tragen, deren Anträge auf Asyl abgelehnt wurden. Die Städte brauchten die Plätze für Flüchtlinge, die um ihr Leben fürchten müssten.

„Wir haben einen Paradigmenwechsel versprochen, der ist gelungen“, sagte Kraft am Mittwoch. Dietrich Eckeberg, der seit 18 Jahren als Flüchtlingsreferent für die Diakonie in Nordrhein-Westfalen tätig ist, widerspricht dem nicht rundheraus. Seit den Misshandlungen in Burbach und dem ersten Flüchtlingsgipfel sei das nordrhein-westfälische Innenministerium „ernsthaft bestrebt“, die gravierendsten Mängel zu beseitigen. „Zugleich ist aber festzustellen, dass Nordrhein-Westfalen im April 2015 noch weit entfernt ist von guten qualitativen Standards in der Erstaufnahme, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge.“ Zudem moniert Praktiker Eckeberg, eine „föderal abgestimmte Bund-Länder-Kommunen-Gesamtkonzeption“ fehle noch immer.